

Ende März 2019 hat das EU-Parlament für ein Verbot von Einweg-Kunststoffartikeln wie Teller, Besteck, Strohhalme oder Wattestäbchen aus Plastik gestimmt. Schweden will noch einen Schritt weitergehen als die EU-Richtlinie es vorsieht.



Plastikbecher am Strand. (Symbolbild)

Die Links-Grüne Regierung Schwedens und die konservativen und liberalen Oppositionsparteien im Reichstag haben sich darauf geeinigt, zu prüfen, wie das Plastikverbot ausgeweitet werden könne. Das berichtet heute [Sveriges Radio](#).

Schweden geht einen Schritt weiter

Die EU verbietet ab 2021 den Verkauf von Einwegbesteck aus Kunststoff (Gabeln, Messer, Löffel und Esstäbchen), Einweg-Plastikteller, Strohhalme aus Plastik, Wattestäbchen aus Kunststoff, Haltestäbe für Luftballons, Fast-Food-Behälter aus expandiertem Polystyrol, sowie Produkte aus oxo-abbaubaren Materialien wie Beutel oder Verpackungen, weil das Material in Mikroplastik zerfällt und Umwelt und Gesundheit belastet. Doch Schweden will

beim Plastikverbot einen Schritt weiter gehen und auch andere Produkte aus Plastik verbieten. Darunter Plastikbecher und andere Teile, die oft als Plastikmüll an Schwedens Stränden landen.

Die schwedische Umweltministerin Isabella Lövin sagte gegenüber dem Radiosender: „Wir alle wissen, dass der Zustand nicht haltbar ist, in dem ein Material, das Hunderte von Jahren hält und in der Natur nicht abbaubar ist, ein einziges Mal verwendet und dann weggeworfen wird. Wir müssen ein neues System finden, das nachhaltig ist.“

Die Regierung will Optionen prüfen, wie beispielsweise die Aufforderung der Restaurants und Geschäfte, Lebensmittel in von Kunden mitgebrachten Behältern zu verpacken, oder eine Art Pfandsystem für Plastikbehälter einzuführen.

Die derzeitigen Kunststoffprodukte müssten durch andere Materialien, wie Papier, ersetzt werden, sagte die Ministerin weiter. Einweg-Kunststoffhersteller müssten sich Alternativen überlegen und diese entwickeln.

Die Regierung will auch die Verwendung von Mikroplastik in Kunstrasen und ähnlichen Kunststoffen einschränken.

Das Vorgehen gegen Plastikmüll ist Teil einer Vereinbarung, die im Januar des Jahres zwischen den Regierungsparteien und der Zentrums- sowie der Liberalen geschlossen wurde.

ap